

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWÖRTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 21. Dezember 1965

Blatt 3752

Die Budgetberatungen im Rathaus:

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

=====

21. Dezember (RK) Am heutigen elften Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe XI (Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten) behandelt. Stadtrat Rudolf Sigmund (SPÖ) führte in seinem Referat aus:

"Ich beginne dieses Mal mit dem Statistischen Amt der Stadt Wien, das alles Wissenswerte über unsere Wiener Verwaltung mit viel Sachkenntnis, aber auch mit viel Arbeit zusammenträgt. Einige statistische Zahlen daraus: Die Zahl der Wohnbevölkerung von Wien ist von 1,639.863 auf 1,640.198 mit Stand Oktober 1965 gestiegen. Die bescheidene Zunahme beträgt 0.02 Prozent. An Lebendgeborenen verzeichneten wir im Berichtszeitraum 19.731 gegenüber 20.991, was einen leichten Rückgang von 1.3 Prozent ergibt. Geringfügige Steigerungen sind bei der Zahl der Eheschließungen und bei den Verstorbenen feststellbar. 15.005 Ehen, 1964 waren es 14.785, wurden geschlossen und gestorben sind in Wien 27.218 Personen, gegenüber 25.795 im Vorjahr, was einer Steigerung von 5.5 Prozent gleichkommt.

Eine Ziffer ist für uns alle hoch interessant: Die Zahl der Kraftfahrzeuge, die es in Wien gibt, ist neuerlich um 7.1 Prozent gestiegen, und hat den Stand von 292.483 erreicht. In diesem Zusammenhang ist allerdings die statistische Feststellung zu treffen, daß die Zahl der Verkehrsunfälle von 31.871 im ~~Vorjahr~~, auf 13.298 heuer, das sind 4.1 Prozent, zurückgegangen ist, wobei die Verkehrsunfälle mit Personenschaden sogar um 5.9 Prozent gesunken sind.

./.

Im Voranschlag für das Jahr 1966 wird mit Ausgaben in der Höhe von 401 Millionen Schilling gerechnet, was einer Steigerung von mehr als 15 Millionen Schilling entspricht.

Davon entfallen auf die Wiener Feuerwehr 130,5 Millionen, für Grunderwerbungen 150 Millionen, für die Kosten der Bundespolizei 97,6 Millionen und schließlich für die Kosten der Nationalratswahl 1966 etwa 6,5 Millionen Schilling.

Die Magistratsabteilung für Bevölkerungswesen, zu der auch die Wiener Standesämter gehören, ist eine jener Dienststellen des Magistrats, die in engstem Kontakt mit der Bevölkerung stehen.

Nach wie vor bilden die Fälle mit Auslandsberührung oftmals eine besondere Erschwerung der Arbeit des Standesbeamten. Ihre Zahl steigt dauernd. Der Standesbeamte muß hiebei das ausländische Recht beachten und mit den österreichischen Rechtsvorschriften in Einklang bringen.

Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz

Das Staatsbürgerschaftsgesetz 1965, an dessen Zustandekommen der Magistrat Wien maßgeblich beteiligt war, ist am 11. August 1965 verlautbart worden und wird am 1. Juli 1966 in Kraft treten. Dieses Gesetz ist nach zwei Richtungen von größter Bedeutung. Einerseits hat es die Bestimmungen über den Erwerb und den Verlust der Staatsbürgerschaft, die in ihrer derzeit geltenden Fassung zum Teil nicht mehr zeitgemäß sind, einer gründlichen Revision unterzogen, andererseits schafft es die Grundlage für die Anlegung von Staatsbürgerschaftsevidenzen, an welchen es in Österreich seit dem Abschluß der Heimatrollen im Jahre 1939 gefehlt hat.

Im Staatsbürgerschaftsgesetz 1965 sind die auf internationalen Abkommen basierenden Grundsätze der Verminderung der Staatenlosigkeit, der staatsbürgerschaftsrechtlichen Stellung verheirateter Frauen und der Verminderung der Fälle mehrfacher Staatsangehörigkeit verankert.

Bezüglich des Erwerbes der Staatsbürgerschaft sind die Bestimmungen im allgemeinen etwas strenger geworden, doch sind für bestimmte Personengruppen auch Einbürgerungserleichterungen eingeführt worden. Als Beispiel dafür wäre anzuführen, daß unter den gleichen Bedingungen, unter welchen bisher nur solche Frauen einen Anspruch auf Verleihung der Staatsbürgerschaft besaßen, die diese durch Verhelichung verloren hatten, nunmehr auch solche Frauen die Staatsbürgerschaft erwerben können, die gleichzeitig mit ihrem Gatten dieselbe fremde Staatsangehörigkeit erworben oder die während ihrer Ehe mit einem fremden Staatsbürger, dessen Staatsangehörigkeit erlangt haben. Hier wurde der Kreis der begünstigten Personen mit gutem Grund erweitert.

Ganz neu ist der Grundsatz, der der Gleichberechtigung von Mann und Frau Rechnung trägt, daß nämlich die Staatsbürgerschaft durch Verhelichung weder erworben noch verloren wird; doch haben Ausländerinnen, die mit einem Österreicher verheiratet sind, einen Rechtsanspruch darauf, durch Abgabe von Staatsbürgerschaftserklärungen ohne langwierige Verfahren österreichische Staatsbürgerinnen zu werden.

Freudlich ist, daß nach dem neuen Gesetz die österreichische Staatsbürgerschaft durch freiwilligen Eintritt in den öffentlichen Dienst eines fremden Staates nicht mehr automatisch verloren wird, wie das derzeit der Fall ist. Das neue Gesetz bestimmt, daß die Staatsbürgerschaft Personen, die im Dienst eines fremden Staates stehen, zu entziehen ist, wenn sie durch ihr Verhalten die Interessen oder das Ansehen der Republik Österreich schädigen und trotz Aufforderung den fremden Dienst nicht verlassen. Damit ist erstens die gefährliche und den Betroffenen zumeist unbekannt Automatik des Verlusteintrittes beseitigt und zweitens wird der Kreis der Betroffenen auf diejenigen eingeschränkt, die den Verlust der Staatsbürgerschaft durch ihr Verhalten selbst verschulden.

Eine weitere wichtige Neuerung stellt die Bestimmung dar, daß Personen, die im Gebiet der Republik Österreich geboren wurden und deren ehelicher Vater oder uneheliche Mutter ebenfalls hier zu Welt kamen, bis zum Beweis des Gegenteiles als österreichische Staatsbürger gelten. Diese Bestimmung gilt auch für Personen, die vor dem 1. Juli 1966 geboren wurden.

Ein bedeutungsvoller Abschnitt des neuen Gesetzes ist der Normierung der Staatsbürgerschaftsevidenzen gewidmet. Das neue Gesetz bestimmt, daß Staatsbürgerschaftsevidenzen von den Gemeinden anzulegen und zu führen sind. Als Evidenzstelle wird für einen vor dem 1. Juli 1966 Geborenen die Geburtsgemeinde, für einen nach diesem Tag Geborenen jene Gemeinde zu fungieren haben, in der die Mutter des Betreffenden zur Zeit seiner Geburt gewohnt hat. Für im Ausland Geborene wird die Gemeinde Wien als Evidenzstelle zuständig sein. Es werden, woran es bisher gefehlt hat, Evidenzen errichtet werden, die darüber Auskunft geben, ob jemand die Staatsbürgerschaft besitzt. Bei diesen Stellen werden alle Umstände vermerkt werden, die für Besitz, Erwerb und Verlust der Staatsbürgerschaft von Bedeutung sind. Nach einer Anlaufzeit werden die Evidenzstellen in der Lage sein, befriedigende Auskünfte zu erteilen.

Durch die Führung der Staatsbürgerschaftsevidenzen werden den Gemeinden erhebliche Kosten erwachsen, die nach dem Gesetz von den Ländern zu vergüten sind. Wien hat auf Grund seiner Doppelstellung die Kosten allein zu tragen: Der vom Wiener Magistrat durchzuführende Aufbau der Wiener Staatsbürgerschaftsevidenz, in der, wie schon erwähnt, auch alle im Ausland geborenen Österreicher aufzuscheinen haben, wird große Arbeit verursachen. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß seitens der Wiener Standesämter und der Gerichte jährlich mehr als 60.000 in die Staatsbürgerschaftsevidenz aufzunehmende Mitteilungen einlangen werden. Dazu kommen die Mitteilungen der übrigen österreichischen Gemeinden und der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland über die Ausstellung von Staatsbürgerschaftsnachweisen oder über staatsbürgerschaftsrechtlich wesentliche Umstände. Nach einer Information des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten leben rund 270.000 bis 280.000 Österreicher ständig im Ausland.

In den ersten elf Monaten des Jahres 1965 sind in Wien 531 Einbürgerungsgesuche aufrecht erledigt worden.

150.000 neue Wiener seit 1945

Mit dem Inkrafttreten des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1965 wird eine neue Phase auf dem Gebiete des Staatsbürgerschaftsrechtes eingeleitet. Dies soll Anlaß sein, kurz Rückschau zu halten, was sich seit der Wiedererrichtung der Republik bis jetzt in Wien bezüglich der Aufnahme von Ausländern in den österreichischen Staatsverband ereignet hat.

In der Zeit nach der Befreiung Österreichs wurden vor allem Ansuchen von Ausländern behandelt, die schon seit vielen Jahren hier leben, und von Frauen, die während der Zeit der Besetzung durch Verhehlung die österreichische Staatsbürgerschaft verloren hatten. Diese Personen konnten durch einfache Erklärungen nach dem Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz 1945 die Staatsbürgerschaft erlangen bzw. wiedererlangen. Zur gleichen Zeit wurde auch in vielen Fällen die Ausbürgerung von Österreichern widerrufen, die infolge ihres Eintretens für ein demokratisches Österreich vor 1938 die Staatsbürgerschaft verloren hatten. Neben den ehemaligen Österreichern, die zu dieser Zeit wieder in den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft kamen, waren es vor allem Personen, die schon über dreißig Jahre lang in Österreich lebten und denen es vor dem 13. März 1938 aus den verschiedensten Gründen verwehrt war, die österreichische Staatsbürgerschaft zu erlangen. Der Großteil dieser Menschen besaß bis 1938 die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft. Im Jahr 1949 konnte in größerem Umfang mit der Einbürgerung der Heimatvertriebenen begonnen werden. Dieser Personenkreis war für die Einbürgerungen der nächsten Jahre bestimmend. Im Jahr 1954 wurde für die Volksdeutschen dann noch die Möglichkeit geschaffen, auf einfache Weise, durch Abgabe von Staatsbürgerschaftserklärungen, die Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Ab dem Jahre 1961 trat im Einbürgerungsverfahren ein anderer Personenkreis in den Vordergrund, die Flüchtlinge aus Ungarn, die sich nach Vollendung des vierjährigen Wohnsitzes um die Staatsbürgerschaft bewarben. Sie waren Ende 1956 und Anfang 1957 anläßlich der ungarischen Revolution nach Österreich geflüchtet und hatten hier Aufnahme gefunden. Soweit keine Hindernisgründe vorhanden waren, wurde ihrem Wunsche entsprochen. ./.

In Wien haben seit 1945 98.447 Personen durch Einbürgerung oder Staatsbürgerschaftserklärung die Staatsbürgerschaft erworben. Mit den Personen, die ihnen im Erwerb der Staatsbürgerschaft gefolgt sind, also Ehefrauen und Kinder, sind es rund 150.000 Menschen, die zu österreichischen Staatsbürgern wurden.

Das Arbeitsgebiet der Magistratsabteilung 62 umfaßt Wahlen, Polizeiwesen, Vereine und Verschiedenes. Für die Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai wurde das Wählerverzeichnis, wie schon bei der Gemeinderatswahl 1964, zur Gänze auf Grund der Lochkartenkartei der Wählerevidenz auf maschinellem Wege hergestellt. Daß hierbei die größte Genauigkeit im Rahmen des Möglichen erzielt werden konnte, beweist der geringe Umfang des Reklamationsverfahrens bei insgesamt 1,264.000 Wahlberechtigten. Hinsichtlich der Wahl selbst wäre noch hervorzuheben, daß die Wahlbeteiligung mit nahezu 93 Prozent so hoch wie bei der Bundespräsidentenwahl 1963 war.

Seit Beginn des Jahres bis Ende November wurden 259 Vereinsanmeldungen sowie 258 Statuten- und Namensänderungen behandelt. 180 Vereine wurden auf Grund eines Generalversammlungsbeschlusses oder durch behördliche Verfügung aufgelöst. In zahlreichen anderen Fällen ist es nach erfolgter Bildungsanzeige zu keiner Konstituierung des Vereines gekommen, so daß in den ersten elf Monaten dieses Jahres rund 360 Vereine im Vereinskataster gelöscht wurden. Derzeit bestehen in Wien rund 7.600 Vereine, wovon die größte Gruppe mit 1.450 Vereinen die Sparvereine bilden. Daneben gibt es in Wien noch 1.270 Turn- und Sportvereine sowie etwa 870 Vereine, die sich auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet betätigen. Für die Durchführung von Glückshäfen und Juxausspielungen wurden im Jahr 1965 bisher 190 Anträge dieser Art mit einem Spielkapital von rund 1,700.000 Schilling behandelt.

Neues Gewerberecht in Vorbereitung

Bereits im Vorjahr wurden Verhandlungen zur Neugestaltung des Gewerberechtigtes eingeleitet. Diese Arbeiten wurden auch heuer erfolgreich weitergeführt, sodaß in absehbarer Zeit damit zu rechnen ist, daß ein neu gestaltetes Gewerberecht erlassen wird. Am 1. August 1965 ist die Gewerberechtsnovelle 1965 in Kraft getreten. Diese Novelle, die unabhängig von der im Zuge befindlichen Neugestaltung des Gewerberechtigtes erlassen wurde, hat in erster Linie dazu gedient, einige Konzessionsverordnungen wegen ihrer Gesetzwidrigkeit zu saniieren.

Gleichzeitig wurden die Waffengewerbe neu geregelt und auf dem Gebiete des Konzessionsrechtes eine gewisse Rechtsbereinigung durchgeführt.

Besondere Konzessionsvorschriften gab es bisher für das Fremdenführergewerbe nur für Wien. Seit August 1965 gibt es nunmehr ein einheitlich geregeltes konzessioniertes Fremdenführergewerbe für ganz Österreich. Bei der Schaffung dieser Bestimmung wurde dem gewerbefreiheitlichen Gedanken durch die Auflassung der Bedarfsprüfung Rechnung getragen. Der Landeshauptmann wurde ermächtigt, einen Tarif für die Dienstleistungen bei der Führung von Fremden zu ~~erlassen~~ und, da dies im Interesse des Wiener Fremdenverkehrs gelegen ist, wird in Kürze ein Maximaltarif im Verordnungswege erlassen werden.

Mit Verordnung vom 15. November 1965 wurde die Wiener Ladenschlußzeit neu geregelt. Der Anlaß dazu war die Festlegung der Ladenschlußzeiten für den 24. und 31. Dezember. Da eine weitere Novellierung der Ladenschlußverordnung vom Standpunkt der Übersichtlichkeit und Klarheit nicht zweckmäßig gewesen wäre, wurde eine zusammenfassende Neuverlautbarung vorgenommen. Die Bestimmungen dieser Verordnung über die Geschäftszeiten am Weihnachtabend und am Silvester beinhalten, zum Unterschied vom Vorjahr, nunmehr eine unbefristete Regelung. Ich darf feststellen, daß bei der Festlegung der Geschäftszeiten neben den Interessen der Dienstgeber und der Dienstnehmer in erster Linie auch die Einkaufsbedürfnisse der Wiener Bevölkerung berücksichtigt wurden.

Da am 24. Dezember das Weihnachtsfest in der Regel verhältnismäßig zeitlich gefeiert wird, sind an diesem Tag nicht so lange Geschäftszeiten erforderlich. Dagegen ist der Ablauf des Silvesters anders geartet. Die veranstalteten Feste und Feiern beginnen in der Regel erst in den späten Abendstunden, so daß zur Ermöglichung der Einkäufe verhältnismäßig längere Geschäftszeiten zugelassen wurden.

Im Gewerberegister wurden in der Zeit vom 1. November 1964 bis 31. Oktober 1965 6.261 neue Berechtigungen verzeichnet. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es nur 5.599 Neuverzeichnungen. Gelöscht wurden 7.172 Berechtigungen (davon 5.377 infolge Rücklegung). Dem stehen 7.211 Gewerbebeendigungen (davon 5.280 infolge Rücklegung) im Vorjahr gegenüber. Die Zahl der Gewerbebegründungen ist daher im Berichtsjahr um rund 4,4 Prozent gestiegen, die Zahl der Gewerbebeendigungen um 0,5 Prozent niedriger als im Vorjahr.

Administrative Bau- und Verkehrsangelegenheiten

Auf legislativem Gebiet war im heurigen Jahr eine verstärkte Tätigkeit der Magistratsabteilung 64 notwendig, da nunmehr die Ausarbeitung einer umfassenden Novelle zur Wiener Bauordnung spruchreif geworden ist. Es werden seit einem Jahr unter Zuziehung sämtlicher interessierter Dienststellen Besprechungen abgehalten, in deren Rahmen die kommende Neufassung der Bauordnung durchdiskutiert wird, wobei vor allem der Judikatur der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes entsprechendes Augenmerk geschenkt werden muß. Diese Arbeit ist eine äußerst umfangreiche und mühevoll.

Die Novelle zum Wiener Gasgesetz konnte dem Wiener Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

Außerdem mußten zu zahlreichen Gesetzes- beziehungsweise Verordnungsentwürfen Stellungnahmen abgegeben werden. Hier wäre vor allem das Gebrauchsabgabengesetz, weiters das Gesetz, betreffend die Kammern der Architekten, Ingenieurkonsulenten und Zivilingenieure (Ziviltechnikerkammergesetz), die Luftfahrtgerätereordnung des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitäts-

wirtschaft sowie die Mitarbeit bei der Ausarbeitung eines neuen Elektrizitätswegegengesetzes des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau zu erwähnen.

Auf dem Gebiet der öffentlichen Bauten seien vor allem die als Folge der Schulgesetze des Jahres 1962 notwendig gewordenen Neubauten oder Vergrößerungen von Schulen und Instituten erwähnt.

Auch heuer wurden wieder zahlreiche Ersatzvornahmeverfahren durchgeführt, vor allem, um den unbefugten Bauten im Wald- und Wiesengürtel Einhalt zu gebieten.

Zahlreiche Verfahren wurden auf eisenbahn- und luftfahrtrechtlichen Gebiet durchgeführt.

Zivilrechtsangelegenheiten und Grundankäufe

Im Berichtszeitraum wurden der Gemeinde Wien wieder einige Verlassenschaften zugesprochen, deren Wert unterschiedlich war. Die Hauptbelastung der Magistratsabteilung 65 war die Freimachung städtischer Liegenschaften durch Kündigung und Räumungsklagen, wodurch die Arbeit der mit Freimachungsverhandlungen befaßten städtischen Organe wesentlich erleichtert werden konnte. Der Umfang dieser Verfahren hat gegenüber den Vorjahren stark zugenommen und die Beratung der städtischen Dienststellen sowie die Erstattung von schriftlichen Rechtsgutachten wurde fortgesetzt.

In diesem Jahr wurden Grundkäufe in allen Stadtteilen Wiens getätigt. In erster Linie konnten auch heuer wieder in den äußeren Bezirken Wiens Gründe erworben werden weil in diesen Bezirken noch größere Reserven bestehen und die Erwerbung auch meist noch zu akzeptablen Preisen erfolgen kann.

In den inneren Bezirken muß sich die Grunderwerbstätigkeit der Stadt Wien wegen des Mangels an freien Baugründen in erster Linie auf die Erwerbung von Althäusern in Assanierungsgebieten und auf den Kauf von noch vorhandenen Einzelbauplätzen in besonderer Lage für Bauwerke besonderer Art beschränken. Dabei muß manchmal bis an die Grenze eines noch vertretbaren Preises gegangen werden.

Die Bemühungen zur Erwerbung von Althäusern in den Assanierungsgebieten Wiens führen wegen der bestehenden Schwierigkeiten nur

schrittweise zu positiven Ergebnissen. Es wurden auch heuer wieder nach sehr langen Verhandlungen unter anderem im Zuge der Ssanierung des Reindorf- und Braunhirschengrundes im 15. Bezirk und des Lichtentaler im 9. Bezirk einige Althäuser erworben.

Für Zwecke des Straßenbaues wurden zahlreiche Grundkäufe abgeschlossen, vor allem Käufe alter Häuser, die Verkehrshindernisse bilden und wegen der erforderlichen Straßenverbreiterung abgetragen werden müssen. Zur Straßenregulierung mußten aber auch größere Grundtransaktionen getätigt werden.

Für Schulneubauten und für Sport- und Spielplatzanlagen wurden große Grundflächen im 23. Bezirk, Erläe, an der Anton Baumgartner-Straße erworben.

Um die Schaffung der geplanten öffentlichen Gartenanlage bei der Lichtentaler Kirche zu ermöglichen, mußte die Liegenschaft Wiesengasse 15 und Lichtentaler Gasse 12/14 gegen andere Objekte getauscht werden.

Für Wasserversorgungszwecke wurde eine Reihe von Liegenschaften außerhalb Wiens gekauft.

Auch für die Vergebung im Baurecht an gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaften, für die Absiedlung von Gewerbebetrieben und Kleingärtnern und für Grundtauschzwecke werden Baugründe erworben.

Daneben kam es heuer auch zu größeren Grundveräußerungen. Die Zwecke dieser Veräußerungen sind verschieden; teils handelt es sich um die Veräußerung stadteigenen Grundes an industrielle und gewerbliche Betriebe, um diesen den Ausbau und die Erweiterung ihrer Betriebsstätten in Wien zu ermöglichen. In der Zeit vom 1. Jänner bis 1. Dezember 1965 wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Gesamtausmaß von 732.709 Quadratmeter um den Gesamtkaufpreis von 146,633.000 Schilling erworben. (Grunderwerbungen der Wiener Stadtwerke sind in dieser Aufstellung nicht enthalten.)

Im gleichen Zeitraum wurden von der Stadt Wien Grundflächen im Ausmaß von etwa 277.000 Quadratmeter um zusammen rund 18 Millionen Schilling veräußert.

Die Wiener Feuerwehr

Am 31. Oktober 1965 betrug der Personalstand der Feuerwehr 1.261 Mannschaften und Offiziere; er hat sich gegenüber dem Vorjahr um fünf Bedienstete verringert. Im Voranschlag für 1966 ist die Anzahl der Dienstposten mit 1.279, gegenüber bisher 1.280, vorgesehen. In diesem Personalstand ist auch die Rathauswache enthalten.

Der im Jahre 1963 begonnene Neubau der Hauptfeuerwache Leopoldstadt im Standort 2, Engerthstraße - Kafkastraße wird in den ersten Monaten des Jahres 1966 fertiggestellt sein. Von dem Gesamterfordernis von 28,800.000 Schilling wurden bisher rund 21,500.000 Schilling aufgewendet, die vierte Baurate 1966 ist mit 6,600.000 Schilling veranschlagt.

Mit der Fertigstellung der Feuerwache Liesing ist im Laufe des Jahres 1966 zu rechnen. Von dem Gesamterfordernis von 7,500.000 Schilling wurden bisher rund 3,600.000 Schilling aufgewendet, die dritte Baurate 1966 ist mit 3,500.000 Schilling veranschlagt.

Für die Planung und Bauvorbereitung eines Neubaus der Feuerwache Simmering Neugebäudestraße-Weißenböckstraße sind 200.000 Schilling veranschlagt. Der als Zugwache projektierte Neubau soll als nächstes Bauvorhaben in Angriff genommen werden und nach Fertigstellung die bisherigen Gruppenwachen Simmering und Kaiserebersdorf vereinen.

Der technischen Ausgestaltung des Feuerwehrdienstes wurde wieder erhöhtes Augenmerk zugewendet. Im Rahmen des Erneuerungsplanes für den Fahrpark der Feuerwehr der Stadt Wien wurden im laufenden Jahr drei Tanklöschfahrzeuge, ein Universallöschfahrzeug, drei Kommandofahrzeuge und ein Einsatzfahrzeug für den Nachrichtenbaudienst neu angeschafft.

Das im Jahre 1964 in Auftrag gegebene zweite Magirus-Kranfahrzeug wurde im laufenden Jahre geliefert und steht bereits im Dienst.

Die Kosten der Neuanschaffungen und Herstellungen belaufen sich auf rund fünf Millionen Schilling. Für das Jahr 1966 ist die Anschaffung von weiteren drei Tanklöschfahrzeugen und eines Universallöschfahrzeuges mit einem Kostenaufwand von rund zwei Millionen Schilling vorgesehen. Der Stand an neuen Löschfahrzeugen wird dann unter Berücksichtigung dieser Anschaffungen, neun Universallöschfahrzeuge und 22 Tanklöschfahrzeuge betragen.

Das Ansteigen der technischen Einsätze in diesem Jahr war durch die außergewöhnliche Wettergestaltung bedingt.

In der Zeit vom 22. Mai bis 2. Juli wurden im Rahmen des Hochwassereinsatzes von den Feuerwehrleuten 18.518 Kilometer gefahren und an den Pumpen 4.163 Einsatzstunden geleistet.

Die Wiener Feuerwehr war auch außerhalb des eigenen Schutzgebietes im Hochwassereinsatz: Im Burgenland wurden in Ober-Fullendorf, Strebersdorf und Frankenau, mit Hilfe eines Taucherfahrzeuges und eines mitgeführten Sturmbootes, Rettungs- und Bergungsarbeiten durchgeführt. Dabei wurden 65 Menschen - darunter 15 Kinder - geborgen.

In Kärnten waren im Rahmen der Hochwasserhilfe der Stadt Wien in mehreren Orten des Mölltales Feuerwehrfahrzeuge, Schlammumpen und Auspumpaggregate mit entsprechendem Bedienungspersonal eingesetzt.

Der alle Jahre vor der Budgetdebatte erwartete Brand hat sich auch dieses Mal zur richtigen Zeit eingestellt. Sonntag, 5 Uhr früh, war ich außerordentlich erschrocken, als die Meldung kam 'Großbrand auf dem Wiener Messegelände'. Als ich nach 15 Minuten hinkam, war der Brand weitgehend lokalisiert und nach kurzer Zeit gelöscht. Hierbei zeigte sich, daß Glaspaläste außerordentlich schön sind, im Gebrauchfall viele Vorteile haben, aber bei Bränden für die Feuerwehrleute eine große Gefahr darstellen. Ich habe daher, nach Rücksprache mit dem Herrn Bürgermeister und dem Finanzreferenten, im Stadtsenat beantragt, für solche Brände starke Lederpelerinen anzuschaffen, damit das Leben und die Gesundheit unserer Feuerwehrmänner entsprechend geschützt wird.

Der Voranschlag der Feuerwehr für das Jahr 1966 rechnet mit Einnahmen in der Höhe von 1,660.000 Schilling. (1965: 1,545.000 Schilling) und sieht Ausgaben in der Höhe von 130,502.600 Schilling (1965: 123,329.400 Schilling) vor.

Von den Ausgaben entfallen 104,770.000 Schilling (80,3 Prozent) auf den Personalaufwand, 11,657.600 Schilling (8,9 Prozent) auf den laufenden Sachaufwand, 10,600.000 Schilling (8,2 Prozent) auf bauliche Herstellungen und 3,475.000 Schilling (2,6 Prozent) auf Inventaranschaffungen.

Pressestelle, Bilderdienst, Stenografenbüro

Die Pressestelle der Stadt Wien hat für das kommende Jahr Einnahmen in Höhe von 4,236.000 Schilling und Ausgaben in Höhe von 4,274.400 Schilling eingesetzt. Hierzu kommen noch der anteilige Personal- und Sachaufwand.

Die 'Rathaus-Korrespondenz' erscheint, wie schon in den letzten Jahren, täglich dreimal. Das Amtsblatt 'Stadt Wien' erscheint wöchentlich zweimal, das sind 104 Nummern im Jahr, mit durchschnittlich 24 Seiten pro Nummer. Der redaktionelle Teil wurde erweitert und die Zahl der Bilder vermehrt.

Beim 'Landesgesetzblatt für Wien' wird mit einer Auflage von 2.200 Stück gerechnet, das sind um 200 mehr als im Vorjahr.

Die Auflage des 'Amtlichen Wohnungstausch-Anzeigers' wird für das nächste Jahr mit 4.500 Stück angenommen. Er erscheint in Abständen von sechs Wochen.

Auch der Bilderdienst der Pressestelle wird im kommenden Jahr in wachsendem Umfang seine Arbeit fortsetzen und die in- und ausländische Presse sowie die 59 zumeist an Magistratischen Bezirksämtern angebrachten Bilderkästen mit aktuellen Fotos versorgen. Von den restlichen Holzbilderkästen werden wieder mehrere gegen Metallrahmenkästen ausgewechselt.

Das Stenografenbüro besorgte die stenografische Aufnahme von elf Landtagssitzungen und 15 Gemeinderatssitzungen in der Dauer von insgesamt 106 Stunden 25 Minuten. In das Beschlußprotokoll, das aus einem gedruckten und einem vervielfältigten Teil besteht und jedem Mitglied des Gemeinderates zugeht, waren vom Stenografenbüro in den abgelaufenen zwölf Monaten 200 Anträge, Anfragen und Anfragebeantwortungen aufzunehmen.

Die Zahl der Empfänge erreichte heuer Rekordhöhe. Aus Anlaß von Kongressen fanden 17, bei internationalen Tagungen 46 und aus sonstigen Anlässen 149, insgesamt also 212 Empfänge statt. An diesen Empfängen haben 44.746 Personen teilgenommen, um 8.355 mehr als im Jahr 1964, was einer Steigerung von rund 23 Prozent entspricht. Zum Vergleich sei hier nur angeführt, daß die Steigerung der an Empfängen teilnehmenden Personen gegenüber 1963 rund 62 Prozent beträgt. Die Zahl der im Jahre 1965 an Empfängen teilnehmenden Ausländer betrug 26.498, um 5.089 oder rund 23 Prozent mehr als im Jahr 1964. Diese Zahlen wurden bis jetzt noch nie erreicht.

In der Volkshalle des Wiener Rathauses wurden folgende Ausstellungen gezeigt: 'John F. Kennedy', 'Drei finnische Städte', 'Frankfurt am Main - eine Stadt plant in die Zukunft', 'Informationsschau der Stadt Wien', 'Jugend am Werk - gestern, heute, morgen'.

Die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold erhielten 35 Personen, in Silber 20 Personen. Die Prof. Dr. Julius Tandler-Medaille erhielten drei Personen.

Zum Bürger der Stadt Wien wurden Bürgermeister Bruno Marek und Stadtschulratspräsident NR. Dr. Max Neugebauer ernannt; den Ehrenring der Stadt Wien erhielten drei Personen, die Josef Kainz-Medaille wurde an drei Personen überreicht. Zehn Personen erhielten die Preise der Stadt Wien.

Bis heute wurden drei Gnaden-, eine Steinerne, neun Eiserne, 100 Diamantene, 718 Goldene, also insgesamt 831 Hochzeitspaare geehrt. Die Ehrengabe der Stadt Wien erhielten 27 mindestens Hundertjährige und 773 Neunzigjährige.

Zivilschutzangelegenheiten

Die behördlichen und privaten Zivilschutzstellen waren bemüht, die vorbereitenden Maßnahmen für den Aufbau des Zivilschutzes in unserer Stadt zu erweitern.

Zu den seit Frühjahr 1962 bis Ende vorigen Jahres vom Bundesministerium für Inneres veranstalteten 64 Zivilschutzkursen mit 321 vom Land Wien entsendeten Teilnehmern sind bis Ende des heurigen Jahres 26 weitere Kurse mit 88 Wiener Teilnehmern gekommen, so daß bis jetzt in 90 Zivilschutzkursen insgesamt 409 Teilnehmer aus Wien ausgebildet werden konnten.

Was die Aufklärung der Bevölkerung im Selbstschutz betrifft, haben wir - gleichsam als Auftakt - uns zunächst an die Lehrer Wiens gewendet und im Einverständnis und mit dankenswerter Unterstützung des Stadtschulrates für Wien, jedem Lehrer zwei Broschüren mit den Titeln 'Wir können uns schützen' und 'Grundschutz ist Sicherheit in deinem Haus' übermitteln lassen. Der Inhalt beider Broschüren sollte einmal allgemeines Wissensgut der Bevölkerung werden.

Auch allen Mitgliedern der Wiener Bezirksvertretungen in ihrer Eigenschaft als Zweigstellenmitglieder des Landesverbandes Wien des Österreichischen Zivilschutzverbandes wurden Exemplare der Broschüren zur Verfügung gestellt. Den Frauen und Herren Bezirksräten ist es an Hand dieser sehr sachlich und fachlich einwandfreien Darstellungen möglich, an sie herangetragene Einzelfragen entsprechend zu beantworten.

Im übrigen besteht die Absicht, im Laufe der nächsten Zeit in Wien Aufklärungsveranstaltungen durchzuführen. Hierbei sollen Filmvorführungen und Kurzvorträge eine wesentliche Rolle spielen. In Zusammenarbeit von drei oder vier Wiener Gemeindebezirken sollen in allgemein zugänglichen Veranstaltungen den Besuchern die Grundgedanken über den Zivilschutz, besonders aber über den 'Selbstschutz' vermittelt werden.

- - -

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes:)

Straßenbahnfahrpreis zu Weihnachten und Neujahr
=====

21. Dezember (RK) Am Samstag, dem 25. Dezember (Christtag) und Samstag, dem 1. Jänner 1966 (Neujahr) gilt auf der Straßenbahn, Stadtbahn, auf den Autobuslinien und im Gemeinschaftstarif mit der Schnellbahn der Sonntagsfahrpreis. An diesen Tagen gelten daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu 5,50 Schilling im Tarifgebiet I oder auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer-Mödling" und "Kagran -Groß-Enzersdorf", außerdem die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine für Kinder zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II. Ungültig sind die Kurz- und Teilstrecken-, Arbeitslosen-, Jugendfürsorge-, Hin- und Rückfahrtscheine sowie sämtliche Wochenkarten.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der Dreischillingfahrtschein (im Vorverkauf 2.70 Schilling), auf den Aufzahlungsstrecken der Linie 64 A der Dreischilling-Teilstreckenfahrtschein.

Die Vorverkaufsstellen sind am Freitag, dem 24. Dezember und Freitag, dem 31. Dezember von 6.30 bis 14 Uhr, Samstag, dem 1. Jänner 1966 und Sonntag, dem 2. Jänner 1966, von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Samstag, dem 25. Dezember und Sonntag, dem 26. Dezember, bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse 4, Rahlgasse 3, ist am Freitag, dem 24. Dezember und Freitag, dem 31. Dezember, von 8 bis 12 Uhr geöffnet, an Samstagen sowie an Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Mit Rücksicht auf die Weihnachtsferien der Schulen findet der Wertmarkenverkauf bei allen Vorverkaufsstellen ausnahmsweise bis einschließlich Dienstag, dem 11. Jänner 1966, statt.

Silvester auf dem Rathausplatz

=====

21. Dezember (RK) Am Freitag, dem 31. Dezember beginnt das alljährliche Silvesterprogramm am Rathausplatz um 18 Uhr. Eine halbe Stunde lang spielt der Trompeterchor der Stadt Wien unter Leitung von Prof. Josef Levora auf der Loggia des Rathauses Melodien von Karl Rösner, Joseph Haydn, Josef Meßner, Karl Pilss, Carl Fühlich, Josef Hadraba und anderen.

Zwischen 18.30 Uhr und 18.35 Uhr wird die Neujahrsansprache von Bürgermeister Bruno Marek durch Lautsprecher auf den Platz übertragen. Von 18.35 Uhr bis 18.40 Uhr ertönt Carillon-Musik.

Das Glockenspiel des Rathauses ist auch in der Zeit von 23.50 Uhr bis 24 Uhr zu hören. Um Mitternacht ertönen zwölf Glockenschläge. Dann erklingt der Strauß-Walzer "An der schönen blauen Donau" in einer Aufnahme der Wiener Philharmoniker unter Leitung von Clemens Krauss.

- - -

70. Geburtstag von Georg Stetter

=====

21. Dezember (RK) Am 23. Dezember vollendet der Physiker Univ.-Prof. Dr. Georg Stetter das 70. Lebensjahr.

Er wurde in Wien geboren und begann 1928 seine akademische Laufbahn. 1934 erfolgte seine Berufung zum Vorstand des II. Physikalischen Universitätsinstitutes. Seit 1953 leitet er das I. Physikalische Universitätsinstitut. Stetter hat auf dem Spezialgebiet der Kernforschung zahlreiche Arbeiten von großer Bedeutung veröffentlicht. Er ist Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher in Halle und Wirkliches Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

- - -

Wieder: Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik
=====

21. Dezember (RK) Die Wiener Landesregierung unter dem Vorsitz von Landeshauptmann Bruno Marek stimmte heute einhellig dem Antrag zu, anstelle des ausscheidenden Hofrates Hans Mandl als Vertreter des Landeshauptmannes den Amtsführenden Stadtrat, Vizebürgermeister Felix Slavik zu bestimmen. Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik bekleidete diese Funktion schon einmal vor 1964.

- - -

Modernisierung der Rettungsstation Mariahilf
=====

21. Dezember (RK) Die Rettungsstation Mariahilf ist die älteste in Wien. Man kann dort noch sehen, wo die Pferde gestanden sind, die damals die Rettungsfahrzeuge zogen. Höchste Zeit also, für eine Modernisierung dieser wichtigen Station. Der Wiener Stadtsenat genehmigte heute auf Antrag von Stadtrat Dr. Glück zu diesem Zweck 1,650.000 Schilling.

Die Station Mariahilf wird mit diesem Geld nicht nur vollkommen modernisiert und instandgesetzt, sie enthält auch Räume für eine dritte Tour, eine Zentralheizung und eine eigene Verkehrslichtsignalanlage, damit die Rettung bei der Ausfahrt stets "Grünes Licht" hat. Mit den Bauarbeiten wird noch heuer begonnen.

- - -

80. Geburtstag von Hans Gerstinger

=====

21. Dezember (RK) Am 23. Dezember vollendet der Philologe Univ.-Prof. i. R. Dr. Hans Gerstinger das 80. Lebensjahr.

Er wurde in Groß-Haslau, Niederösterreich, geboren und studierte an der Wiener Universität klassische Philologie. In der Folge trat er in den Dienst der heutigen Nationalbibliothek, wo er bis 1936, zuletzt als Direktor der Papyrus- und Handschriftensammlung, tätig war. Bereits 1928 hatte er sich für klassische Philologie, Byzantinistik und Papyruskunde habilitiert. 1940 erfolgte seine Berufung zum Ordinarius an die Grazer Universität, deren Rektors- und Dekanswürde er bekleidete. Der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gehört er seit 1949 als wirkliches Mitglied an. Hans Gerstinger hat sich vor allem als Herausgeber und wissenschaftlicher Autor außerordentlich fruchtbar betätigt. Von ihm stammen Handschriftenausgaben, zahlreiche Publikationen und Fachzeitschriftenbeiträge sowie Spezialabhandlungen. Er ist Mitglied vieler ausländischer Gelehrtenvereinigungen und seit 1939 Mitherausgeber der "Wiener Studien".

- - -

"13er" ab Südbahnhof wieder auf normaler Strecke
=====

21. Dezember (RK) Nach Fertigstellung verschiedener Straßenbauarbeiten fahren ab Donnerstag, dem 23. Dezember die Autobusse der Linie 13 in Richtung Alser Straße ab Prinz-Eugen-Straße - Weyringergasse wieder auf der normalen Fahrstrecke über Prinz-Eugen-Straße - Belvederegasse - Rainergasse zur Johann Strauß-Gasse.

In der Gegenrichtung fahren die Autobusse weiterhin über die bisherige Umleitungsstrecke Kolschitzkygasse-Weyringergasse.

- - -

Personalmeldungen =====

21. Dezember (RK) Auf Antrag des städtischen Personalreferenten Stadtrat Bock hat heute der Wiener Stadtsenat den Stadtbaurat Architekt Ing. Franz Flodek (Magistratsabteilung 26) zum Oberstadtbaurat befördert. Amtsrat Wilhelm Wirth (Kontrollamt) wurde der Titel Oberamtsrat verliehen.

- - -

Großfeldsiedlung - erster Bauteil
=====

21. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Heller genehmigte heute der Wiener Stadtsenat Entwurf und Kosten für den ersten Bauteil der neuen Großfeldsiedlung. Vizebürgermeister Dr. Drimmel referierte über die Baubewilligung.

Bei dem Bauvorhaben handelt es sich um Einfamilienreihen-
häuser, und zwar insgesamt 60 Wohnungen, die im Montagebauver-
fahren hergestellt werden. Diese Wohnungen sind vor allem für
Umsiedler und Absiedler gedacht. Die Kosten für das Projekt
betragen 15,2 Millionen Schilling.

Ferner genehmigte der Stadtsenat Entwurf und Kosten für den
zweiten Bauteil der Wohnhausanlage in der Brigittensu, Pappen-
heimgasse. Hier sollen 128 neue Wohnungen mit einem Kostenauf-
wand von 22,7 Millionen Schilling entstehen.

- - -

Neuer Personentunnel unter dem Praterstern
=====

21. Dezember (RK) Auf Antrag von Stadtrat Heller ge-
nehmigte heute der Wiener Stadtsenat 5,3 Millionen Schilling
für die Errichtung eines Personentunnels, der von der End-
station der Zweierlinie zum Innenraum des Pratersterns führt.
Über die Baubewilligung referierte Vizebürgermeister Dr. Drimmel.

Schon seinerzeit, bei der Regulierung des Praterstern, war
dieser Tunnel vorgesehen worden. Er wird 80 Meter lang und vier
Meter breit sein und mit Nischen für Plakatwände ausgestattet.
Ein späterer Weiterbau in ein eventuelles unterirdisches Verkehrs-
bauwerk ist bereits einkalkuliert.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Debatte über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten
=====

21. Dezember (RK) In der Debatte sprach als erster Redner GR. Kowarsch (ÖVP) über die Feuerwehr. Seiner Meinung nach hat es sich bisher in der Debatte gezeigt, daß fast jeder Redner ein gemeindrätliches Steckenpferd hat. Sein eigenes, wahrlich kein schlechtes, sei die Feuerwehr. Sie ist eine Einrichtung, die es verdient, lobend erwähnt zu werden. Bei den Wienern ist es ja so, daß sie etwas, das funktioniert, nicht sehr beachten. Es liegt also ein stilles Lob darin, wenn die Wiener erst dann von ihrer Feuerwehr reden, wenn es im wahrsten Sinne des Wortes brennt. Leider ist die Feuerwehr bei ihren Einsätzen durch den Verkehr stark behindert, besonders zu Hauptverkehrszeiten. Die Autofahrer sind oft rücksichtslos und beachten den Vorrang des Einsatzfahrzeuges nicht immer. Man müßte hier im allgemeinen Interesse rigorosere durchgreifen.

Der Redner erinnert in diesem Zusammenhang an den seinerzeitigen Vorschlag seiner Fraktion, sogenannte Vorrangstraßen für Einsatzfahrzeuge zu schaffen, oder in diesen Straßen zumindest Spuren für diese Fahrzeuge freizuhalten. Vielleicht wäre es auch möglich, durch eine Fernsteuerung von den Einsatzfahrzeugen aus Verkehrsampeln umzuschalten. Der Redner ersucht um Mitteilung, wieweit unsere Einsatzfahrzeuge mit Funkanlagen ausgerüstet sind und ob die derzeit bestehenden Feuerwachen noch ihren Sinn erfüllen. Eine weitere Frage ist die, ob unsere Feuerwehr auch für die Bekämpfung von Bränden in Hochhäusern entsprechend ausgerüstet ist. Vielleicht könnten einige Verantwortliche in Amerika die Brandbekämpfung bei Hochhäusern an Ort und Stelle studieren.

Leider sind für die Anschaffung von Geräten die Ansätze des kommenden Jahres um ein Viertel gekürzt. Wir besitzen sicher eine große Zahl von guten Einsatzfahrzeugen, doch ist nicht bekannt, ob sie auch für den Einsatz in Hochhäusern ausreichend sind. Im Ausland verwendet man vielfach auch Hubschrauber zur Brandbekämpfung.

Es war gut, daß man im Amtsblatt "Stadt Wien" über das richtige Verhalten bei Bränden geschrieben hat. Da diese Publikation nicht die entsprechende Breitenwirkung hat, sollte man gelegentlich eine Pressekonferenz durchführen, um den Journalisten die Möglichkeit zu geben, sich über den Stand der Feuerwehr zu informieren und die Bevölkerung davon zu unterrichten.

GR. Maller (KLS) stellt fest, daß selten über die Magistratsabteilung 66 gesprochen wird, daß man aber gerade dieser Abteilung für ihre Tätigkeit herzlichst danken muß, versorgt sie doch alle mit den notwendigen statistischen Unterlagen. Im Jahrbuch der Stadt Wien findet man Zahlen und Angaben über alle Probleme des Lebens in unserer Stadt. Die Mitteilungen und Sonderdrucke sind aktuell und aufschlußreich. Da die Statistik immer mehr Grundlage für alle Wirtschaftszweige und Wissensgebiete ist, müßte die Zahl der vorhandenen Statistiken jedoch noch erweitert werden.

Besondere Bedeutung für die Stadtverwaltung hat die Pressestelle der Stadt Wien, über die gleichfalls wenig gesprochen wird. Sie stellt die Verbindung zwischen der Gemeindeverwaltung und den Organen zur Bildung der öffentlichen Meinung her. Die Informierung der Öffentlichkeit durch die Pressestelle ist in den letzten Jahren erfreulicherweise erweitert und stark verbessert worden.

Zur Tätigkeit der Feuerwehr erklärt der Redner: Die Wiener wissen, was sie an den Feuerwehrmännern haben. Es ist fraglich, ob es eine Aufgabe gibt, die die Wiener Feuerwehr nicht meistern könnte.

Kritisch befaßt er sich dagegen mit der Wahlordnung und verlangt deren Änderung, um eine Benachteiligung der kleinen Parteien zu beenden. Es ist undemokratisch, wenn im Bund die Sozialistische Partei mehr Stimmen aber weniger Mandate als die ÖVP bekommt, es ist aber ebenso undemokratisch, wenn die SPÖ in Wien zehnmal mehr Stimmen aber dreißigmal mehr Mandate als wir bekommen. Das sollte geändert werden, um eine gleiche Wertung der Stimmen zu gewährleisten. Ebenso sollte das Problem der Zahl der Bezirksräte gelöst werden. Es ist ungerecht, wenn in dem einen Bezirk 578 Stimmen, in einem anderen 1326 und wieder in einem anderen 2281 Stimmen nötig sind.

An dem rapiden Steigen der Grundpreise haben die Bodenkäufe durch Ausländer erheblichen Anteil. Viele Grundankäufe durch Ausländer erfolgen aus reinen Spekulationsgründen. Durch ein Gesetz wäre es möglich, den Ausverkauf an ausländische, vor allem westdeutsche Bodenspekulanten zu unterbinden. Aber offensichtlich macht die ÖVP Schwierigkeiten. Dabei bedeutet jede Verzögerung den Verkauf weiterer Grundstücke an Ausländer und ein neues Steigen der Grundpreise. Wir brauchen so rasch wie möglich ein Grundverkehrsgesetz und einen Preisstop für Grund und Boden. Ebenso notwendig ist eine Sicherung der Wiener Naherholungsgebiete. Die jüngsten Nachrichten über die Verbauung des Besamberg's aus rein kommerziellen Interessen sprechen eindringlich für rasche und wirksame Maßnahmen.

Die Kommunisten werden für die Ansätze dieser Gruppe stimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) verlangt in Anpassung an das kürzlich geänderte I. Hauptstück der Stadtverfassung eine baldige Novellierung des II. Hauptstückes, das die Stellung Wiens als Land beinhaltet. Ebenso sollte die Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen neu bearbeitet werden, da die geltende Geschäftsordnung keine brauchbare Grundlage dafür bildet, die Tätigkeit der Bezirksvertretungen zu beleben und aufzuwerten. Es müßte zumindest erreicht werden, daß die Bezirksvertretungen zu echten beratenden Organen der Stadt in allen den Bezirk betreffenden Fragen werden.

Die Feuerwehr ist wieder gut dotiert, was umso wichtiger ist, als der Zivilschutz nach wie vor auf dem Papier steht.

Für Empfänge und Feierlichkeiten sind 6,5 Millionen Schilling vorgesehen, um 30 Prozent mehr als für 1965. Offensichtlich kommt mit dem Essen der Appetit. In den vier Jahren sind die Ausgaben für Empfänge und Feierlichkeiten mehr als verdoppelt worden. Hier sollte man wieder zu größerer Sparsamkeit zurückfinden.

Sehr bescheiden sind im Gegensatz dazu die Ansätze für die Statistik, die heute für alle Teile der Verwaltung unentbehrlich geworden ist.

Für Grundkäufe sind wieder 150 Millionen reserviert, doch läßt sich aus dieser Zahl nichts ableiten, weil in den vergangenen Jahren immer weitaus mehr für Grundkäufe ausgegeben wurde als budgetiert war. Auch heuer wurde der Betrag von 150 Millionen Schilling schon zweimal aufgestockt.

Der Redner zitiert das neue Statistische Jahrbuch der Stadt Wien, wonach die Gemeinde Wien zwischen 1958 und 1964 im Wiener Stadtgebiet mehr als zehn Millionen Quadratmeter Grund und Boden angekauft hat. Dadurch ist der Anteil des gemeindeeigenen Grundes in Wien von 41,7 auf 44,1 Prozent gestiegen. Theoretisch könnte man sich also ausrechnen, wann der letzte Quadratmeter Grund in Wien der Gemeinde gehören wird. (Proteste der SPÖ-Mandatäre.)

Die Ursachen für die steigende Tendenz der Grundpreise, über die im Gemeinderat oft Klage geführt wird, sieht der Redner einerseits in der Verdünnung des Geldwertes und der dadurch entstehenden erhöhten Nachfrage nach Sachwerten und andererseits in der Tatsache, daß die Gemeinde Wien so große Summen für Grundankäufe ausgibt und das bei gleichbleibender Grundfläche des Stadtgebietes (41.000 Hektar).

Wie Stadtrat Heller in seinem Referat erklärt hat, gibt es zuwenig erschlossenes Bauland in Wien. Deshalb, so meint der Redner, sollte man sich statt auf große Grundkäufe lieber auf die Aufschließung von Gründen konzentrieren.

Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Nationalratswahlen kommt der Redner auf die fliegenden Wahlkommissionen in Altersheimen und Spitälern zu sprechen. Er kritisiert dabei, daß bei diesen Wahlvorgängen nicht immer der Grundsatz der Geheimhaltung gewährleistet gewesen ist. Er selbst habe leider oft beobachten können, daß die Pfleglinge offen vor der Wahlkommission oder vor ihren Bettenachbarn die Stimmzettel ausfüllen mußten, weil die vorgeschriebenen Wandschirme nicht vorhanden waren. Manchmal füllte auch eine Krankenschwester die Wahlzettel aus. Es gab Fälle, wo Pfleglinge der Wahlkommission laut erklärten, sie wüßten nicht, wen sie wählen sollten. Daraufhin habe manchmal eine Schwester über Aufforderung eines Wahlkommissionsmitglieds den Wahlzettel ausgefüllt. Bei der letzten Wahl habe der Redner gegen einen solchen Vorgang protestiert, damit jedoch keinerlei Erfolg gehabt. Ferner, so meint der Redner, hält man sich auch nicht immer an die Vorschrift der Wahlordnung, wonach in der Wahlniederschrift zu vermerken ist, welche Stimmen mit Hilfe von Begleitpersonen abgegeben wurden.

Abschließend fordert GR. Dr. Hirnschall, spezielle Instruktionen für die fliegenden Wahlkommissionen auszuarbeiten und die notwendigen technischen Einrichtungen für den Wahlvorgang in Altersheimen und Spitälern zur Verfügung zu stellen.

Die FPÖ-Fraktion wird den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe zustimmen.

GR. Dr. Glatzl (ÖVP) beschäftigt sich mit Wahlfragen, wobei er feststellt, daß beim geltenden Wahlrecht von Unrecht keine Rede sein kann. Er begrüßt die Einführung der Wähler-evidenz und anerkennt die gute Arbeit, die hier bereits geleistet wurde. Sodann richtet er an den Berichterstatter die Bitte, alles dazu zu tun, daß die Reklamationsfrist ausreichend publiziert wird und genügend Möglichkeiten zur Einsichtnahme in die Wahl-listen gegeben sind. Zur Kostenfrage meint der Redner: lieber Geld ausgeben als keine demokratischen Wahlen.

Auch GR. Dr. Glatzl kritisiert einige Vorkommnisse bei den fliegenden Wahlkommissionen in Altersheimen und Spitälern und ersucht den Berichterstatter, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, damit es solche Vorkommnisse nicht mehr geben kann. Die "Schleppung" kranker Leute in die Wahllokale bezeichnet er als kein gutes Zeichen für unsere Demokratie.

Man muß sich fragen, warum eine große Partei noch immer gegen die Briefwahl ist. Warum sollte die Briefwahl nicht möglich sein? Die damit verbundenen Begünstigungen würden nicht nur einer Partei, sondern allen Parteien gleichmäßig zugute kommen.

Der Redner erinnert anschließend an die in einem Brief von Bürgermeister Marek ausgesprochene Bitte an die wahlwerbenden Parteien um die Schonung des Stadtbildes im Wahlkampf. In letzter Zeit wird eine Methode der Verunzierung des Stadtbildes immer häufiger, an der auch die ÖVP in gewissem Sinn beteiligt ist: nämlich die Aufstellung der bekannten, meistens nicht schönen Gestelle mit Plakaten auf den Straßen.

Es sollte daher keine Wahl ohne Wahlübereinkommen geben, an das sich alle Parteien halten müssen. Wie man hört, wurde auch für die kommende Nationalratswahl ein solches Übereinkommen ausgearbeitet. Darin heißt es angeblich unter anderem, daß die Ringstraße von der Wahlwerbung ausgenommen werden sollte. Diese Forderung muß man durchaus unterstützen.

Um das Interesse der Wiener Bevölkerung an kommunalpolitischen Problemen zu steigern, hat die ÖVP im Februar den Antrag auf Einführung des Volksbegehrens und der Volksabstimmung auf Landesebene eingebracht. Die Kosten für ein Volksbegehren sind geringer, als man annimmt und betragen nur rund einen Schilling pro abgegebener Stimme. Die ÖVP wird auch weiterhin zum Volksbegehren für Rundfunk und Fernsehen stehen. (Beifall bei der ÖVP)

GR. Dr. Habl (ÖVP) ging in seinem Debattenbeitrag auf die Grundtransaktionen der Stadt Wien ein. Diese Transaktionen sind oft Gegenstand unberechtigter Kritik. Grundsätzlich muß festgestellt werden, daß eine Stadt etwas Lebendiges, Wachsendes ist. Wer ja sagt zur Schaffung möglichst vieler Grünflächen, zur Assanierung alter Stadtteile, zur Errichtung von Erholungsraum und neuen Wohnungen, muß auch ja sagen zur Beschaffung der dafür notwendigen Grundstücke (Beifall bei SPÖ und ÖVP). Die Freiheit des Eigentums beinhaltet nicht nur die Freiheit des Erwerbes, sondern auch die Freiheit der Veräußerung von Grundstücken.

Es ist nicht zutreffend, daß die Grundkäufe der Gemeinde Wien die Bodenpreise generell in die Höhe treiben. Diese Tatsache wird durch eine sorgfältige Untersuchung erhärtet, die in der Integrationsstudie der Zentralsparkasse enthalten ist. Aus ihr geht hervor, daß die Wiener Grundpreise nach 1955 stiegen, 1958 einen Höhepunkt erreichten, dann wieder eine rückläufige Tendenz aufwiesen und gegenwärtig etwas anziehen. Grundstücke im 4. Bezirk haben sich gegenüber 1953 am stärksten verteuert, während die Bodenpreise des 15. Bezirks auf mehr als die Hälfte gesunken sind.

Verschiedentlich hört man auch die Meinung, daß die Stadt Wien in verschiedenen Bezirken Grundkäufe und Wohnbau aus wahl-taktischen Gründen forciert.

Eingehende Beratungen in den Ausschüssen werden dadurch erschwert, daß erst kurz vor den Sitzungen umfangreiche Nachträge zur Tagesordnung vorgelegt werden, die oftmals Geschäftsstücke enthalten, bei denen es um Millionen geht. (Zwischenruf von der SPÖ: "Sie können jederzeit die Absetzung verlangen").

Grundreserven sind auch für Tauschwecke nötig. Der zuständige Gemeinderatsausschuß sollte jedoch laufend davon informiert werden, ob die erworbenen Gründe auch wirklich jenem Verwendungszweck zugeführt wurden, der bei ihrem Erwerb angegeben wurde.

GR. Dr. Habl stellte darauf einen Antrag, der den Bezirksvertretungen ein Mitspracherecht bei der Festsetzung der Flächenwidmungs-, Bebauungs- und Fluchtlinienpläne sichern soll.

Der Redner fordert ferner eine konsequente Förderung der Entflechtung von Wohn- und Betriebsstätten. Man müsste allen Unternehmern, die dieses Ersuchen äußern, auf kurzem Wege Tauschgründe anbieten. Auch für den Bau von Kirchen sollte die Stadtverwaltung Grundstücke zur Verfügung stellen und aufgeschlossene Parzellen in berücksichtigungswürdigen Fällen im Baurecht vergeben.

Der Redner gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß das Grundstück des Dianabades doch noch erworben werden konnte, wozu die ÖVP mehrfach Anstoß gegeben habe.

Zugunsten des Bedarfs an Grundstücken für Verkehrsflächen ist nach der derzeitigen Rechtslage eine geordnete Enteignung ohnedies möglich. Jedoch kann man sich auch der Notwendigkeit eines Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes nicht verschließen. Ein solches müsste freilich alle Rechte an redlich erworbenem Eigentum sorgfältig wahren.

Neufassungen des Kanalreinigungsgesetzes, des Garagen-gesetzes und der Bauordnung sind erforderlich. Die Bedenken wegen der heuer beschlossenen Verfassung der Stadt Wien werden derzeit vom Verfassungsdienst geprüft.

GR. Sagmeister (SPÖ) bezeichnet die Grundbeschaffung als ein Hauptanliegen der Stadtverwaltung. Die Sozialisten haben in diesem Zusammenhang immer auf das Fehlen eines Bodenbeschaffungs- und eines Assanierungsgesetzes hingewiesen und daß dadurch die notwendigen Grunderwerbungen erschwert werden. Bis zum Jahr 1962 stiegen die Grundpreise ständig. Erst ab 1962 bis 1964 war eine gewisse Stagnation festzustellen, in den westlichen Bezirken - in denen überhöhte Preise gefordert wurden - war 1962 und 1963 sogar eine gewisse Kaufpreissenkung zu verzeichnen. Es sei daher unverantwortlich, daß gerade zu dieser Zeit die Bau- und Bodenkorrespondenz unter der Überschrift 'Die Grundstückspreise steigen weiter' dieser sinkenden Tendenz entgegenarbeitet.

Ein allmählicher Fortschritt ist bei der Erwerbung von Grundstücken in Assanierungsgebieten festzustellen. Leider werden aber auch hier oftmals nicht nur hohe Grundpreise verlangt, es entstehen auch durch die Absiedlung dort befindlicher Betriebe hohe Kosten.

Die Grunderwerbungen der Stadt Wien erstrecken sich auch auf Gebiete außerhalb Wiens, zum Teil aus Arrondierungsgründen und zum Teil zur Sicherung der Wasserversorgung. Leider werden die Verhandlungen durch die in der Steiermark und in Niederösterreich bestehenden Grundverkehrsgesetze in die Länge gezogen. Der Redner verweist auch auf den von der Stadtverwaltung geplanten Schulhausbau im 22. Bezirk. In die laufenden Grunderwerbsverhandlungen hat sich dann ein Privater eingeschaltet und den für die Gemeinde so notwendigen Grund zum doppelten Preis erworben. Da die für den Schulbau notwendigen Umwidmungen jedoch beschlossen waren, will er nun diesen Grund mit einem anderen Gemeindegrundstück tauschen. Derartige Machenschaften machen es der Stadtverwaltung natürlich schwer, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Große Grundtransaktionen sind auch für die Errichtung des Obst- und Gemüsemarktes notwendig.

Zum Wahlrecht: Es ist bekannt, daß die Sozialistische Partei auf Bundesebene Vorschläge zur Verbesserung des geltenden Wahlrechtes ausgearbeitet hat. Die widerstreitenden Interessen konnten jedoch bisher leider auf keinen Nenner gebracht werden. Wie notwendig eine Reform jedoch ist, zeigt sich schon daraus, daß die Sozialisten zum Beispiel bei den Wahlen im Jahr 1953 um 37.000 Stimmen mehr hatten als die Volkspartei, trotzdem aber um ein Mandat weniger erhielten. Eine derartige Wahlarithmetik könne doch keinesfalls als demokratisch bezeichnet werden. Ein Mißbrauch wird auch mit den Bestimmungen der Nationalratswahlordnung bezüglich Wahlkarten getrieben. Der Gesetzgeber will zum Beispiel Wahlmitarbeitern die Möglichkeit geben, der Wahlhandlung von Anfang bis zum Ende beizuwohnen und ihm daher ermöglichen, seine Stimme in den Wahllokal abzugeben, in dem er eingesetzt ist. Der Besitz einer Wahlkarte wird jedoch oft dazu mißbraucht, in einem bestimmten, vorher ausgewählten Wahlkreis zu wählen, was keineswegs dem Willen des Gesetzgebers entspricht.

./.

Zur Flugbeschränkung: Leider scheint die derzeitige gesetzliche Regelung hinsichtlich der Zulässigkeit des Überfliegens des Stadtgebietes noch immer nicht den Notwendigkeiten einer Großstadt zu entsprechen. Es wäre dringend notwendig, durch entsprechende Veränderungen der Lande- und Startpisten des Großflughafens Schwechat dafür zu sorgen, daß das Überfliegen weiterhin eingeschränkt, beziehungsweise vermieden wird.

Größtes Augenmerk müßte auch der Errichtung von Tankstellen zugewendet werden, da sie eine gewisse Gefahr für die umliegenden Häuser sind. Erweiterungswünsche bereits genehmigter Tankstellen sollten möglichst nicht bewilligt werden. Personen, die Arbeiten an den Tankstellen verrichten, die über den normalen Bedienungsbetrieb hinausgehen, müssen besonders zuverlässig und geschult sein. Bei der Neugenehmigung von Tankstellen müssen ausreichende Vorkehrungen getroffen werden, um eine Gefährdung, Gesundheitsschädigung und Belästigung der Anrainer zu verhindern.

Die Wiener Feuerwehr wird in diesem Jahr mit fast 10.000 Ausrückungen die bisherige Höchstzahl von 8.900 im Jahre 1963 weit überschreiten. Ihre Inanspruchnahme weist eine konstant steigende Tendenz auf. Diese Steigerung ergibt sich bei den Einsätzen zur technischen Hilfeleistung, wobei die mit der fortschreitenden Motorisierung verbundenen Störungen im Straßenverkehr eine wesentliche Ursache bilden. Auch die katastrophale Wettergestaltung hat bewirkt, daß in mehr als tausend Fällen Auspumparbeiten geleistet werden mußten. Für alle Leistungen muß den Feuerwehrmännern der Dank ausgesprochen werden. (Allgemeiner Beifall). Dieser Dank gilt auch den Bediensteten der Rathauswache für deren zwar unbemerkten, doch überaus wichtigen Einsatz. Für die aus dem immer mehr zunehmenden Transport und der Lagerung brennbarer Flüssigkeiten entstehenden Gefahren hat die Feuerwehr einen Ölalarm-Einsatzplan ausgearbeitet. Seit einem Jahr steht auch ein besonderes Öleinsatzfahrzeug im Dienst, das sich bereits in 23 Fällen bewährt hat.

Auch der Einsatz in radioaktiv verstrahlten Gebieten muß unter besonderen Schutzmaßnahmen erfolgen. Aus allem ergibt sich, daß die Gemeindeverwaltung Vorsorge getroffen hat, daß der Bevölkerung auch in Extremfällen ausreichender Schutz geboten werden kann.

Die notwendige Erneuerung des Fahrparkes der Feuerwehr soll nach dem Erneuerungsplan 1968 beendet sein. Mit der in Kürze erfolgenden Indienststellung der neuen Hauptfeuerwache Leopoldstadt wird das Projekt, alte Feuerwachen durch Neubauten zu ersetzen, einen neuen Höhepunkt erreichen. Die neue Hauptfeuerwache wird sicher als Musterwache Beachtung finden. Darüber hinaus sollte getrachtet werden, der Wiener Feuerwehr durch Beistellung eines Versuchsgeländes Brandversuche sowie löschtaktische und -technische Erprobungen zu ermöglichen.

Meine Fraktion wird den Budgetansätzen dieses Kapitels ihre Zustimmung geben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP).

In Erwiderung der in der Debatte aufgeworfenen Fragen erklärt Stadtrat Sigmund in seinem Schlußwort, daß entsprechend den heutigen Erfordernissen Feuerwachen stillgelegt und neue an Stellen erbaut wurden, von wo aus die Einsatzfahrzeuge ihren Wirkungsbereich möglichst schnell erreichen können. Dabei kommt es natürlich vor, daß zur Verstärkung bei der Brandbekämpfung zusätzlich Fahrzeuge aus anderen Feuerwachen oder Spezialgeräte von der Zentrale herangezogen werden. Entscheidend ist, wie schnell mit der Brandbekämpfung begonnen werden kann. Durchschnittlich dauert es jetzt 16 Sekunden vom Augenblick der Brandmeldung bis zum Einsatz der Feuerwehrmänner. Auf Grund der Erfahrungen beim Brand des Kühlhauses wurde auch vorgesorgt, daß eine Funkverbindung bis zu dem einzelnen Mann am vordersten Punkt der Brandbekämpfung hergestellt werden kann. Wohl gibt es ferngesteuerte Ampeln, aber Fachleute haben auf die Gefahren aufmerksam gemacht. Sobald das Feuerwehrsignal ertönt, sind viele Kraftfahrer bereit, Platz zu machen. Ich danke allen Kraftfahrzeuglenkern Wiens, daß sie unseren Einsatzfahrzeugen so viel Verständnis entgegenbringen. (Allgemeiner Beifall).

Eigene Hubschrauber zu unterhalten, würde für die Feuerwehr eine arge finanzielle Belastung bedeuten. In Fällen, wo der Einsatz von Hubschraubern notwendig ist, springt das Bundesheer rasch ein.

Manche Feuerwachen befinden sich an Stellen, wo wenig Brände entstehen, aber wo es besonders auf die Schnelligkeit des Einsatzes, zum Beispiel zur Hilfe bei Unfällen, ankommt.

Wir würden es begrüßen, wenn uns die Presse die Möglichkeit gäbe, die Bevölkerung über richtiges Verhalten bei Bränden und über die Hilfeleistung für die Feuerwehr aufzuklären. In den meisten Fällen aber überwiegt die Neugier, und so müssen wir oft die Leute davon abhalten, die Feuerwehr bei ihrem Einsatz zu stören.

Sodann stellt der Berichterstatter fest: "Das angenehme in meiner Verwaltungsgruppe ist, daß die Vertreter aller politischen Parteien glauben, sie können in meiner Verwaltungsgruppe einen Machtkampf austragen. Der eine will die Bezirksvertretungen geändert haben, der zweite wünscht sich ein anderes Wahlrecht, der dritte verlangt die Schaffung besonderer Einrichtungen, damit den Bedürfnissen seiner Partei Rechnung getragen wird. Dazu muß ich sagen: Da bin ich zu klein, das geht nicht. Wir sind die Verwaltung. Wir führen die Gesetze durch, die hier im Haus und im Parlament von den Nationalräten beschlossen werden. Ich würde es für schlecht halten, wenn sich einmal eine Verwaltung anmaßen würde, Korrekturen von Gesetzen im Verwaltungswege durchzuführen." (Allgemeiner Beifall.)

Der Berichterstatter ist nicht der Meinung, daß die Bezirksvertretungen ein zu geringes Wirkungsfeld hätten. Die Kommissionierungen zum Beispiel sind ein wichtiges Gebiet, in dessen Rahmen der Wille der Bevölkerung zum Ausdruck kommen soll. Ebenso sind die Mitteilungen von Bezirksräten über Personen wichtig, die eingebürgert werden wollen.

Wenn in der Debatte erklärt wurde, daß für die Verkehrszählung zu wenig Geld vorgesehen sei, so ist dazu zu sagen, daß diese Zählung nicht von einer Abteilung allein durchgeführt wird. Wir zahlen der Wiener Verkehrspolizei 97 Millionen Schilling. Die Verkehrspolizei unterstützt uns bei allen Verkehrsplanungen und Verkehrszählungen und trägt auch bei dieser

Zählung die Hauptlast. Die Kosten dafür sind in den 97 Millionen enthalten.

Wie der Berichterstatter erklärt, wird er bestrebt sein, den Wünschen Dr. Glatzls nachzukommen.

Zu den Grundkäufen: Man muß bedenken, daß oft jahrelange Verhandlungen notwendig sind und die Verhandlungsorte oft gewechselt werden müssen. Ferner ist es notwendig, Durchschnittspreise zu errechnen, da die Grundstückspreise natürlich verschieden hoch sind. Bei den genannten Preisen um 45.000 Schilling herum kann es sich nur um außerordentliche Fälle handeln, bei denen das öffentliche Interesse den Ankauf unbedingt verlangt.

Niemand könne ihm vorwerfen, erklärt der Berichterstatter sodann, bei Grundkäufen keine Achtung vor redlich erworbenen Eigentum zu haben. Was ist jedoch davon zu halten, wenn für ein zweistöckiges altes Miethaus, das einen Verkehrswert von 500.000 Schilling hat, 14,5 Millionen Schilling verlangt werden? Irgendwo muß es natürlich eine Grenze zwischen dem allgemeinen Interesse und dem Versuch geben, die Notlage der Stadt auszunutzen. Enteignungsanträge habe es in den vielen Jahren, in denen der Berichterstatter der Geschäftsgruppe XI vorsteht, nur äußerst wenige gegeben.

Bei der Abstimmung über die Verwaltungsgruppe XI werden die Ansätze einstimmig angenommen. Der Antrag der ÖVP (Mitspracherecht der Bezirksvertretungen bei Festlegung von Flächenwidmungsplänen) wird einstimmig zur Behandlung zugewiesen.

Wiener Gemeindebudget angenommen

Der Vorsitzende Bürgermeister Marck bringt nun die Anträge zur Bilanz und Bedeckung zur Abstimmung. Sie werden mit den Stimmen der SPÖ und der ÖVP angenommen. Damit ist der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1966 erledigt. Morgen Mittwoch, werden die Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für 1966 behandelt.

Neuer Gemeinderat

Der Vorsitzende teilt hierauf dem Gemeinderat mit, daß Stadtrat Hans Mandl am 7. Dezember einen Brief an ihn gerichtet habe, in dem er mitteilt, daß er mit Wirksamkeit vom 20. Dezember 1965

seine Funktion als Stadtrat und sein Mandat als Mitglied des Wiener Gemeinderates zurücklegt. Als Ersatzmann wird Franz Gawlik (SPÖ) berufen und angelobt.

Die Wahl der neuen Stadträtin

Inzwischen hat sich auf der Galerie des Gemeinderates eine Wandlung vollzogen. Die meisten Besucher sind auf einmal Frauen, die sich alle für die Wahl der neuen Stadträtin interessieren. Auch Stadtrat a.D. Hans Mandl hat auf der Galerie Platz genommen. Im Saal entfalten Fernseh- und Wochenschaureporter ihre "fiebrige" Tätigkeit. Bürgermeister Bruno Marek teilt mit, daß die Sozialistische Partei Österreichs vorschlägt, Frau Gemeinderat Gertrude Sandner zum Stadtrat zu wählen.

Die Wahl erfolgt mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP. Nach der Annahmeerklärung leistet Stadtrat Gertrude Sandner das Gelöbnis. Hierauf wird die Sitzung des Gemeinderates kurz unterbrochen, und in einer Sitzung des Stadtsenates der Vorschlag einstimmig angenommen, Stadtrat Sandner zum Amtsführenden Stadtrat zu wählen.

Unter dem Beifall der Mitglieder des Gemeinderates geleitet Bürgermeister Marek das jüngste Mitglied des Wiener Stadtsenates in den Saal. Gemeinderat Maria Hlawka (SPÖ) überreicht Stadtrat Gertrude Sandner einen riesigen Blumenstrauß. Auch andere Mitglieder des Gemeinderates gratulieren. Hierauf erfolgt wieder mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die Wahl zum Amtsführenden Stadtrat.

In der Folge wird Gemeinderat Sackmayer (SPÖ) zum Mitglied des Kulturausschusses und Gemeinderat Gawlik zum Mitglied des Wohlfahrtsausschusses und des Gesundheitsausschusses gewählt.

Es folgt noch die Wahl der insgesamt 92 Vertrauenspersonen beziehungsweise der 92 Ersatzmitglieder der Gemeindevermittlungsausschüsse in den 23 Wiener Bezirken. Die Wahlvorschläge der SPÖ und ÖVP, über die getrennt abgestimmt wird, finden die einhellige Zustimmung des Gemeinderates.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Bruno Marek unterbricht nun die Sitzung. Die Beratungen werden morgen Mittwoch, den 22. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Wirtschaftspläne der Wiener Stadtwerke für das Jahr 1966 fortgesetzt. Referent ist Stadtrat Dr. Maria Schaumayer (ÖVP).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

21. Dezember (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:
Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obst-
sorten besonders preisgünstig:

Genüse: Inländischer Kohl 3 bis 6.40 Schilling je Kilogramm,
inländisches Weißkraut 2.50 bis 5 Schilling je Kilogramm, in-
ländisches Rotkraut 2.80 bis 5 Schilling je Kilogramm.

Obst: Inländische Birnen 4 bis 10 Schilling je Kilogramm,
Orangen 4 bis 10 Schilling je Kilogramm.

- - -

Zur Ablehnung der Olympia-Bewerbung:

Erste Stellungnahme von Bürgermeister Marek
=====

21. Dezember (RK) Unmittelbar nach Bekanntwerden der Ablehnung der Bewerbung Wiens um die Olympischen Spiele 1972 gab Bürgermeister Marek einem Vertreter der "Rathaus-Korrespondenz" folgende Stellungnahme:

"Ich bin bestürzt über die Entscheidung, die nicht nur auf Ressentiments, sondern auf Gehässigkeiten gegenüber Wien zurückzuführen ist. Wir werden in Form eines Weißbuches dazu Stellung nehmen und die Bevölkerung durch diese Publikation über die Realität der Bewerbung aufklären. Ich bedauere es, daß als Auftakt des Wahlkampfes eine Entscheidung getroffen wurde, die Wien nicht nur schwer schädigt, sondern auch das Ansehen Österreichs in der Welt herabsetzt. Ich bin überzeugt, daß diese unmotivierete gehässige Handlung von der Bevölkerung Österreichs beantwortet werden wird. "

- - -

Amtseinführung von Stadtrat Gertrude Sandner
=====

21. Dezember (RK) Unmittelbar nach der Wahl des neuen Amtsführenden Stadtrates für Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung im Wiener Gemeinderat nahm Bürgermeister Bruno Marek im Kulturamt der Stadt Wien am Friedrich Schmid-Platz die feierliche Amtseinführung von Stadtrat Gertrude Sandner und die Verabschiedung von Stadtrat a. D. Hans Mandl vor. Landtagspräsident Dr. Stemmer, Magistratdirektor Dr. Ertl, die Mitglieder des Kulturausschusses des Wiener Gemeinderates und die leitenden Beamten der Geschäftsgruppe nahmen an dem feierlichen Akt teil.

Bürgermeister Marek würdigte noch einmal die großen Verdienste des scheidenden Stadtrates, unter dessen Amtsführung das Kulturleben in Wien wieder lebendig geworden ist. Seine Arbeit ist im Buch unserer Stadt eingezeichnet. Die Nachfolgerin kann ein Amt übernehmen, das auf guten Fundamenten aufgebaut ist.

Der neuen Stadträtin übermittelte der Bürgermeister seine herzlichen Glückwünsche und den Wunsch, daß es ihr gelingen möge, das Werk gut durchzuführen.

Stadtrat a. D. Hans Mandl sagte, er möchte den Dank, der ihm heute ausgesprochen wurde, allen seinen Mitarbeitern weitergeben. Ihnen danke er für ihre Hilfe und ihre Unterstützung. Alle unsere Arbeit stand im Dienste unserer herrlichen Stadt. Er habe nur eine Bitte: auch seiner Nachfolgerin in der gleichen Art zu helfen, wie man ihm geholfen hat.

Stadtrat Gertrude Sandner bezeichnete ihre Amtseinführung als das bedeutendste Ereignis ihres bisherigen Lebens. Sie wisse, daß die Aufgabe, die vor ihr liege, sehr groß und schwer, aber auch sehr schön und faszinierend sei. Sie versicherte, im Sinne ihres Vorgängers die Arbeit für unsere Stadt fortsetzen zu wollen.

Als Vorsitzender des Kulturausschusses sprach Landtagspräsident Dr. Stemmer, der in einer launigen Rede hervorhob, daß die 16 Jahre unter pädagogischer Führung sich bewährt haben und daß nun erfreulicherweise wieder ein Lehrer das Kulturamt weiterführe. Im Namen der Mitglieder des Gemeinderatsausschusses überreichte Dr. Stemmer der Stadträtin einen großen Strauß mit roten und weißen Nelken.

Zum Schluß sprach im Namen der Beamten des Kulturrentes Senatsrat Dr. Gapp.

Erstes Rundfunkinterview

In einem ersten Rundfunkinterview, das heute abend im "Echo der Zeit" gesendet wurde, wies Stadtrat Gertrude Sandner darauf hin, daß sie schon bisher mit dem Kulturleben der Stadt Wien eng verbunden war. Sie betonte auch, daß sie schon als Lehrerin die schöpferischen Kräfte und Talente der Kinder zu wecken und zu fördern hatte. Stadtrat Gertrude Sandner bekannte sich zum Experiment, denn nur wer wagt, wer experimentiert, es auf sich nimmt, manchmal Fehler zu machen, ist auf dem besten Weg, neue Impulse zu geben, doch soll selbstverständlich nicht das Experiment am Anfang ihrer Amtsführung stehen. Sie habe heute kein neues Kulturprogramm, sie bitte vielmehr, daß man ihr zunächst Zeit zum Arbeiten gebe.

- - -

"Das große Beispiel":

Wiener Gymnaestrada-Film erhielt Prädikat "wertvoll"

=====

21. Dezember (RK) Die gemeinsame Filmprädikatisierungskommission der österreichischen Bundesländer hat in ihrer gestrigen Sitzung den im Auftrag der Stadt Wien hergestellten Kurzfilm "Das große Beispiel" geprüft und mit dem Prädikat "wertvoll" ausgezeichnet.

Bei diesem 12 Minuten-Streifen, der von der Schönbrunn-Film produziert wurde, handelt es sich um einen Bericht über die Gymnaestrada 1965. Die Gestaltung oblag Albert Quendler, der Kommentar stammt von Gerhard Fritsch. "Das große Beispiel" kommt im Verleihprogramm des Filmzentrums zum Einsatz.

- - -

Neuer Vorsitzender des Kreditvereines der Zentralsparkasse
=====

21. Dezember (RK) Der Verwaltungsausschuß der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat Kommerzialrat Friedrich Mache zum neuen Vorsitzenden des Kreditvereinsausschusses bestellt. Neben verschiedenen anderen Funktionen ist Kommerzialrat Mache Kammerrat der Sektion Industrie der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, Mitglied des Finanzausschusses der Kammer Wien und seit 1956 Vizepräsident des Freien Wirtschaftsverbandes.

Kommerzialrat Friedrich Mache hat sich um den Kreditverein der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, dessen Ausschuß er seit dem Jahre 1955 angehört, besondere Verdienste erworben.

Er übernimmt nun die Stelle, die durch den Tod des früheren Vorsitzenden Hans Androsch vakant geworden war.

- - -

Eine Bitte der Gaswerke an alle Wiener:

Gasverbrauch zu Weihnachten besser verteilen!
=====

21. Dezember (RK) Die Wiener haben der in den beiden letzten Jahren von den Wiener Gaswerken vorgebrachten Bitte, den zur Weihnachtszeit üblichen erhöhten Gasverbrauch zwar nicht einzuschränken, aber über den ganzen Tag zu verteilen, um übermäßige Spitzenbelastungen in der Zeit von 10 bis 13 Uhr zu vermeiden, in erfreulichem Maß entsprochen.

Die Wiener Gaswerke verbinden nun ihren Dank für diese verständnisvolle Haltung wieder mit der Bitte an alle Wiener, auch heuer wieder in der Weihnachtszeit, vor allem am 25. Dezember, bereits in der Früh mit dem Kochen und Backen zu beginnen, eventuell bereits am Vortag vorzukochen, und somit in der Zeit von 10 bis 13 Uhr nur die wirklich notwendige Menge Gas zu verbrauchen.

- - -

Auch heuer wieder für alle Wiener:

Weihnachtsgrüße von hoher See
=====

21. Dezember (RK) Sowie im vergangenen Jahr erhielt auch heuer wieder der Wiener Bürgermeister über die Küstenfunkstelle Norddeich vom Motorschiff "Wien" ein Glückwunsch-Radiogramm. In dem an Bürgermeister Bruno Marek gerichteten Fernschreiben heißt es:

"Das Patenschiff Wien der Hamburg-Amerika-Linie wünscht Ihnen und allen Bürgern eine fröhliche Weihnacht und sendet die herzlichsten Wünsche zum Jahreswechsel - Kapitän und Besatzung".

In einem sofort aufgegebenen Antworttelegramm dankte Bürgermeister Marek herzlichst für die Festtagsgrüße von hoher See und übersandte dem Kapitän und der Besatzung des Motorschiffes "Wien" namens der Stadt Wien die besten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neues Jahr.

- - -

Schweinehauptmarkt vom 21. Dezember

=====

21. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: O. Neuzufuhren Inland: 5.345, Polen 1.462, Bulgarien 400, DDR 709, Dänemark 399, Gesantauftrieb: 8.315. Verkauft wurde alles. Industrieware: Jugoslawien 72, Polen 331, Auslandsschlachthof: Inland 326 zu 14.50 bis 16 S, Ungarn 1.091 zu 13.30 bis 14.70 S, Industrieware Ungarn 203.

Inlandspreise: extrem 16S, 1. Qualität 15 bis 15.80 S, 2. Qualität 14 bis 15 S, 3. Qualität 13 bis 14 S, Zuchten extrem 13 S, Zuchten 11.50 bis 12.80 S, Altschneider 10 bis 11 S.

Ausländische Schweine: Polen 13.20 bis 15.40 S, Bulgarien 13.20 bis 13.50 S, DDR 13.10 bis 14.20 S, Dänemark 14.80 bis 15.50 S. Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 8 Groschen je Kilogramm auf 14.74 S, für ausländische Schweine ermäßigte er sich um 11 Groschen je Kilogramm auf 13.95 S, für bulgarische Schweine ermäßigte er sich um 8 Groschen auf 13.34 S, für DDR-Schweine ermäßigte er sich um 20 Groschen auf 13.53 S, für polnische Schweine ermäßigte er sich um 6 Groschen auf 14.05 S, für dänische Schweine blieb der Durchschnittspreis unverändert und beträgt 14.98 S.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 21. Dezember

=====

21. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 52 Stück, hievon fünf Fohlen. Als Schlachttiere wurden 42 Stück verkauft, als Nutztiere 1, unverkauft blieben 9 Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 30, Oberösterreich 2, Steiermark 7, Burgenland 12, Tirol 1.

Preise: Schlachttiere Fohlen 12 bis 15 S, Pferde extrem 9.40 bis 10 S, 1. Qualität 8.20 bis 9 S, 2. Qualität 7.10 bis 8 S, 3. Qualität 5 bis 7 S, Nutztiere Pferde 7 S. Auslandsschlachthof: 16 Stück aus der CSSR zu 9.50 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 46 Groschen je Kilogramm, für inländische Schlachtfohlen um 100 Groschen je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde beträgt 7.51 S, für Schlachtfohlen 13.50 S, für Schlacht- und Nutzpferde 7.50 S, für Pferde und Fohlen 8.23 S.

- - -